

Ein Trend ist sichtbar

HINTERGRUND: Wie sich eine neue politische Richtung im Stadtrat formiert

VON HANS-JOACHIM REDZIMSKI

Noch ist kein weißer Rauch über den Unterredungen von CDU, Grünen und FWG aufgestiegen über die Bildung einer Koalition im Stadtrat. Noch verhandeln die drei Gruppierungen darüber, ob sie einen politischen Weg gemeinsam gehen können.

Doch sieht alles danach aus, dass sich CDU, Grüne und FWG einig werden könnten. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Littig, der bis Weihnachten Klarheit haben will, ist nach den bisherigen Verhandlungen äußerst optimistisch. Gegen Ende der Woche will man noch mal miteinander reden.

Die Verhandlungen über eine Koalition zeigen indes in der praktischen Arbeit im Stadtrat erste Auswirkungen, wie am Montag wieder festzustellen war. Der SPD-Frakti-

onsvorsitzende Andreas Rahm zieht schon das Genick ein, wenn es zur Abstimmung kommt. Die SPD, die bis zur Kommunalwahl in einer Koalition mit den Grünen den Ton angab, unterliegt ein ums andere Mal bei den Abstimmungen.

Im Hauptstreitpunkt der Stadtratssitzung am Montag, der geplanten Umfirmierung der bisher gemeinnützigen Bau AG in eine Wohnungsbaugesellschaft ohne gemeinnützigen Status, zeigten CDU, Grüne, FWG und zusätzlich die Linken, wer Herr im Haus ist. Sie vertagten das Thema.

Die SPD, Oberbürgermeister Klaus Weichel, die FDP sowie die Alternative für Deutschland (AfD) bildeten auf der Gegenseite eine politische Konstellation, die man so früher nicht für möglich gehalten hätte. Sie wollten entscheiden ...

Der Rathauschef hatte der Vertagung noch in die Karten gespielt. Er

irritierte mit der Feststellung, dass die Gemeinnützigkeit der Bau AG seit zehn Jahren nicht mehr gegeben ist. Er heizte den Widerstand noch an, indem er drohte, eine Entscheidung des Stadtrats gegen die Umfirmierung wieder zu kassieren.

Es braucht die Umwidmung, damit die aufgesparten Dividendenausschüttungen der Jahre 2011 bis 2018 der Bau AG, wie vereinbart, im Jahr 2020 an die Stadt fließen können. Es geht um 3,8 Millionen Euro.

Die neue politische Richtung im Stadtrat zeigte sich auch bei einer personellen Entscheidung. Die CDU unterstützte den Vorschlag der Grünen, Dieter Siegfried zum ehrenamtlichen Richter beim Landessozialgericht zu nominieren. Harald Brandstädter, der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, der bisher Kaiserslautern im Landessozialgericht vertrat, zog bei der Abstimmung den Kürzeren.

Die neue politische Linie war auch erkennbar bei der Abstimmung über den Vorstoß der SPD, Kurzzeitparkplätze in der Eisenbahnstraße in Höhe des Kugelbrunnens einzurichten. Der SPD blieb nichts anderes übrig, als für eine Vertagung in den Bauausschuss mit die Hand zu heben, um eine Abstimmungs Niederlage zu verhindern.

Am Dienstag setzte sich im Hospitallausschuss die neue politische Richtung unter der Regie der CDU und der Grünen fort: mit der Entscheidung zugunsten des Versuchs, das Bürger-Büsing-Haus im Stadtteil Erzhöfen-Wiesenthalerhof zu entwickeln. Ein Zeichen gegen Baulandausweisung in dem Bereich.

Eingespielt ist das neue Abstimmungsverhalten im Stadtrat noch nicht. Es gibt immer wieder auch Abstimmungen, die nicht in das Bild passen. Aber: Ein Trend ist fühlbar, sichtbar.